

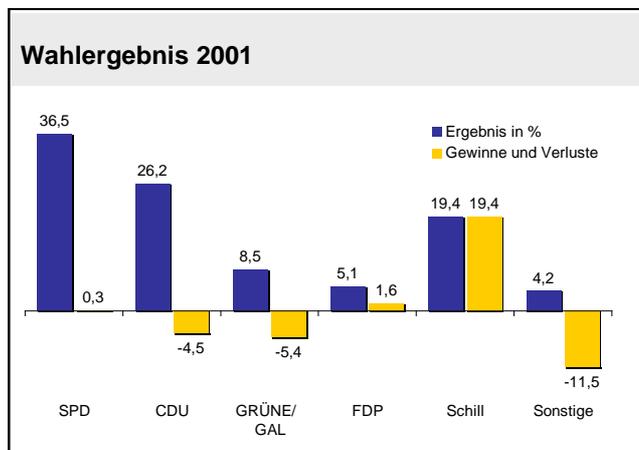


23. September 2001

Wahl zur Bürgerschaft Hamburg

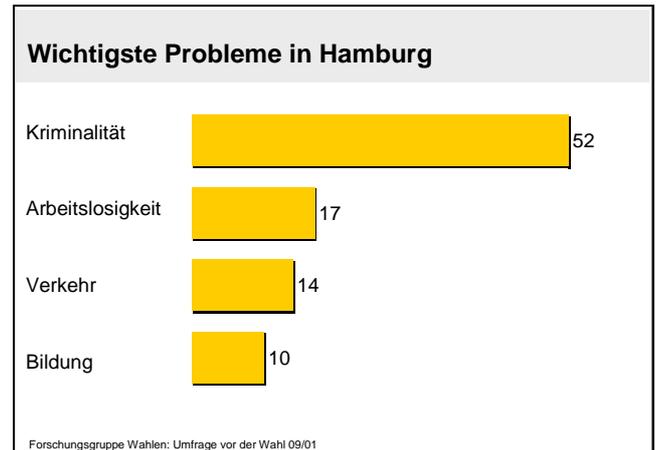
Schill verändert die politische Landschaft in Hamburg

Nach der Bürgerschaftswahl bleibt die SPD zwar erneut stärkste Kraft in Hamburg, da sie ihr sehr schlechtes Ergebnis von vor vier Jahren aber nur geringfügig verbessern konnte und ihr grüner Koalitionspartner eine deutliche Schlappe hinnehmen musste, steht die SPD nach 44 Jahren erstmals vor dem Machtverlust. Trotz erheblicher Einbußen erreicht die CDU mit Ole von Beust an der Spitze gemeinsam mit Schill und der FDP eine Mehrheit im Parlament. Der eigentliche Gewinner heißt Ronald Schill: Obwohl 43% der Hamburger die Schill-Partei nicht für eine demokratische Partei halten, hat zuvor noch keine andere Partei ein vergleichbar fulminantes Debüt geschafft.



Beide großen Volksparteien haben viel von ihrer ursprünglichen Bindungskraft eingebüßt: Wie schon 1997 ist es der SPD nicht gelungen, an ihre guten Ergebnisse aus früheren Zeiten anzuknüpfen. Sowohl SPD als auch CDU lagen ganz dicht bei ihren schlechtesten Ergebnissen, die sie je in Hamburg hatten. Beide hatten bei den über 45-Jährigen ihre stärksten Verluste. Bei den über 60-jährigen Männern verlor die CDU sogar 10 Prozentpunkte und die SPD 7 Prozentpunkte. Bei Facharbeitern büßte die SPD 10 Prozentpunkte ein. Diese Verluste konnte die SPD jedoch zu Lasten der Grünen bei den jüngeren Wählern ausgleichen. Insgesamt zeigt es,

dass beide großen Parteien die Sicherheitsprobleme insbesondere der Älteren und die Probleme der „einfachen Leute“ vernachlässigt haben.

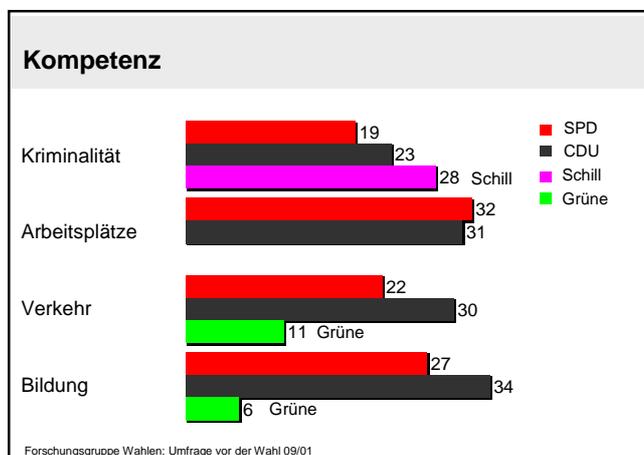


Beim dominierenden Thema „Innere Sicherheit“ erreichte Ronald Schill die größte Lösungskompetenz (28%). Lediglich 23% nannten die CDU und nur 19% die SPD. Der große Zuspruch für den Richter und seine Partei unterstreicht, dass es sich um keine herkömmliche Protestpartei handelt. Da sich 43% der Hanseaten durch Kriminalität in ihrer Stadt bedroht fühlen, hat Schill mit seinem zentralen Wahlkampfthema den Nerv eines Großteils der Hamburger Bürger getroffen. Während nur 26% der Grünen-Anhänger von einer Bedrohung sprechen, sind dies bei den Anhängern von SPD 28%, von CDU bereits 50% und von Schill sogar 69%. Insgesamt wurde die Schill-Partei von deutlich mehr Männern (23%) als Frauen (17%) gewählt, vor allem Männer über 45 Jahren entschieden sich für Schill. Besonders gut abgeschnitten hat die Schill-Partei außerdem bei Wählern mit formal niedriger Bildung (27%) und unter den Berufstätigen bei den Arbeitern (31%).

Die Terroranschläge in den USA verschärften zwar die Diskussion um die Innere Sicherheit, doch nur 16% waren der Meinung, den Sicherheitsbehörden müsse ein Vorwurf gemacht werden, dass sie die in der Stadt lebenden Attentäter nicht enttarnt haben. Selbst in den Reihen von CDU (20%), FDP (22%) und Schill-

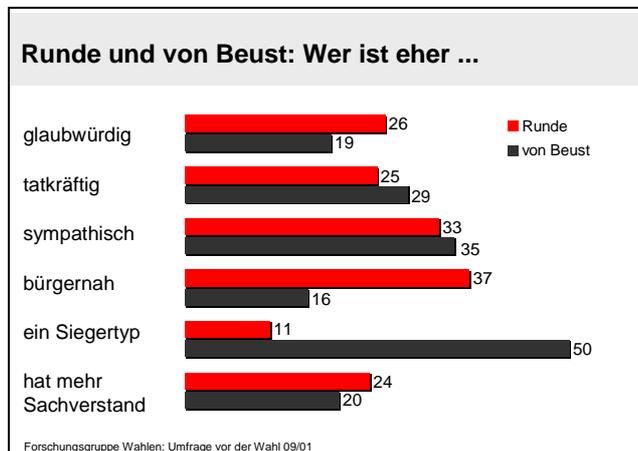
Partei (25%) sieht nur eine Minderheit ein Ver-säumnis bei den Sicherheitskräften. Insgesamt überwiegen in Sachen Terrorismus-Bekämpfung Ratlosigkeit und Skepsis.

Trotz der im Bundesvergleich guten ökonomischen Eckdaten der Hansestadt hat die SPD (28%) die Wirtschaftskompetenz an die CDU (36%) verloren. Selbst beim Thema „Arbeitsplätze“ ist es der SPD (32%) nicht gelungen, einen sichtbaren Vorsprung vor der CDU (31%) zu halten. Auch in der Bildungspolitik wird der CDU (34%) mehr zugetraut als der SPD (27%). In Sachen Verkehr liegt die CDU (30%) vor SPD (22%) und Grünen (11%). Der Machtverlust der SPD geht einher mit einem Kompetenzverlust bei allen für die Hamburger wichtigen Themen.



Beim Duell der Spitzenkandidaten lagen Ortwin Runde (SPD) und Ole von Beust (CDU) mit 43% bzw. 42% praktisch gleichauf. Hamburgs bisheriger Regierungschef konnte dabei im Gegensatz zu den meisten seiner Amtskollegen nicht von einem Amtsbonus profitieren. Mit 0,9 ist sein Wert auf der +5/-5-Skala vergleichsweise gering, sein Kontrahent Ole von Beust wurde mit 1,1 sogar besser eingestuft. Während die Befragten Ortwin Runde größere Glaubwürdigkeit und Bürgernähe zuschrieben, profilierte sich von Beust eindeutig als Siegertyp.

Insgesamt jedoch sahen die meisten Bürger wenig Unterschiede zwischen den beiden Spitzenkandidaten.



Die Leistungen des Hamburger Senats in der ablaufenden Legislaturperiode fanden bei den Wählerinnen und Wählern nur mäßige Zustimmung. Auf der +5/-5-Skala erhielt die rot-grüne Regierung insgesamt einen Wert von 0,2, dabei wurde die Arbeit der SPD im Senat mit 0,7 eingestuft. Der grüne Juniorpartner in der Koalition erzielte dagegen mit -0,6 eine negative Beurteilung. Mit 0,4 wurde die Oppositionsarbeit der Hamburger CDU besser benotet als die des Senats insgesamt.

Im Vergleich zu 1997 haben die Grünen mehr als ein Drittel ihrer Stimmen eingebüßt. Mit diesen Verlusten setzt sich der seit 4 Jahren ungebrochene Trend gegen die Grünen fort. Die Diskussionen über die Folgen der Terroranschläge und die linke Abspaltung der Wählervereinigung Regenbogen haben diese Entwicklung weiter verschärft.

Die bundespolitische Bedeutung der Hamburger Wahl ist trotz zeitlicher Nähe zu den Terroranschlägen in den USA gering. Die Wähler haben die etablierten Volksparteien abgestraft, weil sie wichtige Probleme in der Stadt vernachlässigt haben. Lediglich die Verluste der Grünen sind über Hamburg hinaus von Bedeutung. Sie akzentuieren ein weiteres Mal das Dilemma der Grünen: den Spagat zwischen Regierungsverantwortung und Linientreue. (24.09.2001 Analyse der Forschungsgruppe Wahlen für die dpa)

Forschungsgruppe Wahlen e. V.

68011 Mannheim Postfach 10 11 21

Tel.: 0621 / 1233-0, Fax 0621 / 1233-199

E-Mail: info.ev@forschungsgruppe.de www.forschungsgruppe-wahlen.de